



Außenwirtschaft aktuell

07/2026

Seminare 4

Veranstaltungen und Unternehmerreisen 4

Save the Date: Delegationsreise nach Japan	4
Niedersächsische Delegationsreise nach Finnland und Schweden	4
Niedersächsische Delegationsreise nach Brasilien: Rohstoff und Recycling.....	5
Webinar „EU-US-Deal und US-Zollpolitik“	5
China Economic Briefing	5
Webinar zu KI im Welthandel	6
Internationaler Beratertag des Landes Niedersachsen in Hannover	6
Digitaler Ländersprechtag „Marktchancen 10 Jahre nach dem Brexit“	6

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 6

Deutschland: Vereinfachungen bei Versand- und Ausfuhranmeldungen	6
EU: Abkommen über digitalen Handel mit Südkorea	7
EU: Antidumpingzölle auf BDO-Importe aus drei Ländern	7
EU: Entsendungen soll digitaler werden	7
EU: EORI – nur noch über das Zollportal	7
EU: Modernisiertes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Subsahara-Afrika	8
EU: Neues Russland-Sanktionspaket	8
EU: Neue Stahlschutzmaßnahmen	8
EU: Neue Tachographenpflicht ab 2,5 Tonnen im grenzüberschreitenden Verkehr	8
EU: Wegfall der 150-Euro-Grenze	9
EU: Zolldeal mit den USA in Kraft	9
Frankreich: Digitale Rechnungen und Umsatzmeldungen	9
Kanada: Verschärfte Anforderungen für Aluminiumimporte	10
Kanada: Zusätzlicher Zoll auf die Einfuhr von Dosengemüse	10
Syrien: Neues Zollgesetz ersetzt bisherige Rechtsgrundlage	10
USA: Aussetzung der De-Minimis-Regelung bleibt bestehen	10
USA: Importverbot für Produkte aus Zwangsarbeit	11
USA: Zollreform angekündigt.....	11

Ländernotizen 12

Algerien: Großprojekte im Bergbausektor	12
Indien: Warenhandel mit Deutschland auf Rekordhoch	12
Israel: Luft- und Raumfahrt sucht internationale Zulieferer	12
Kasachstan: Bergbau braucht Technik und Kapital	13
Niederlande: Maßnahmenpaket zur Lösung der Stickstoffkrise	13

Norwegen: Kommt nach dem staatlichen Ölfonds jetzt der Minerafonds?	13
Taiwan: Wirtschaftsboom dank KI und Halbleitern	13

Veröffentlichungen **14**

EU-Exportkontrollbericht 2026	14
World Tariff Profiles 2026 der WTO	14

Impressum **15**

Seminare

31.08.2026	Webinar	Warenursprung und Präferenzen
01.09.2026	Webinar	Export und Zollabwicklung EU und Drittländer
10.09.2026	Webinar	Außenwirtschaftsverkehr mit Embargoländern: Systematik, Prüfung, Dokumentation
01.10.2026	Webinar	Außenwirtschaftsverkehr mit Embargoländern: Systematik, Prüfung, Dokumentation
03.11.2026	Webinar	Umsatzsteuer International
12.11.2026	Webinar	Lieferantenerklärungen 2026
26.11.2026	Webinar	Einreihen von Waren in den Zolltarif

Veranstaltungen und Unternehmerreisen

Save the Date: Delegationsreise nach Japan

Die IHK für Ostfriesland und Papenburg, die IHK Elbe-Weser und die IHK Braunschweig planen **vom 30. Januar bis zum 6. Februar 2027** eine gemeinsame Delegationsreise nach Japan. Auf dem Programm stehen Besuche in der Hauptstadt Tokio sowie in Sapporo auf der nördlichen Insel Hokkaido. Inhaltliche Schwerpunkte der Reise sind die Themen Smart Farming, Maritime Wirtschaft und Halbleitertechnologie. Wenn Sie grundsätzlich Interesse an einer Teilnahme an der Reise haben, können Sie bereits jetzt eine [unverbindliche Interessensbekundung](#) abgeben. So stellen Sie sicher, dass Sie zu gegebener Zeit eine Einladung zur Teilnahme sowie weitere Informationen zum Reiseprogramm, zu den Kosten und zum Anmeldeverfahren erhalten.

Niedersächsische Delegationsreise nach Finnland und Schweden

In der Zeit **vom 15. bis zum 20. November 2026** plant das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen eine Delegationsreise nach Schweden (Stockholm) und Finnland (Helsinki). Schweden und Finnland zählen zu den innovationsstärksten Ländern Europas und sind international führend in den Bereichen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz sowie nachhaltige Energie- und Rohstoffstrategien. Gleichzeitig bieten ihre dynamischen Startup-Ökosysteme – nicht zuletzt durch Formate wie die SLUSH in Helsinki – ideale Anknüpfungspunkte für Kooperationen und Markteintritte niedersächsischer Unternehmen. Ziel der Reise ist es daher, niedersächsische Unternehmen gezielt mit relevanten Akteuren in Schweden und Finnland zu vernetzen, neue Partnerschaften anzustoßen und konkrete Geschäftschancen in innovativen

Zukunftsfeldern zu erschließen. Ein besonderer Höhepunkt der Reise ist der Besuch der internationalen Startup-Messe „SLUSH“ am 18. November 2026 in Helsinki. Eine Anmeldemöglichkeit und weitere Informationen zu der Reise finden auf der [Internetseite der IHK Hannover](#). **Anmeldeschluss ist am 31. Juli 2026.**

Niedersächsische Delegationsreise nach Brasilien: Rohstoff und Recycling

Im Rahmen des Programms zur Internationalisierung der Regionen im Strukturwandel (ISW), führt Germany Trade & Invest (GTAI) in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung des Bundeslandes Niedersachsen eine Clustervermarktungsreise für niedersächsische Unternehmen, die sich für das Thema Rohstoffe und Recycling interessieren, nach Brasilien durch. Ziel der Reise **vom 18. bis zum 25. August 2026** ist es, den starken und strategisch wichtigen, brasilianischen Rohstoffmarkt mit Unternehmen aus Niedersachsen, insbesondere aus der Harzregion, zu verknüpfen. Geplant sind Besuche in fünf Städten in drei brasilianischen Bundesstaaten, um den Aufbau von Partnerschaften zu fördern, sowie Technologien und Lösungen vorzustellen. So können einerseits Impulse für das eigene Geschäftsmodell gewonnen, Kooperationschancen im Markt eruiert und erste Kontakte zu den Branchenakteuren, Entscheidungsträgern und Marktexperten vor Ort geschlossen werden. Darüber hinaus lernen die Delegationsteilnehmenden durch innovative Unternehmen, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, Netzwerken, Clustern und weiteren Organisationen aktuelle Branchentrends in der Zielregion kennen. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite der AHK Brasilien](#).

Webinar „EU-US-Deal und US-Zollpolitik“

Im Juli 2025 einigten sich die EU und die USA auf einen „Deal“. Nun folgt die konkrete Umsetzung: Ein Jahr später am 1. Juli 2026 treten die Zollerleichterungen für Einfuhren aus den USA in Kraft. Die EU hat dabei ein Sicherheitsnetz eingezogen: Ein Schutzmechanismus, mit dem die EU entsprechende Vorteile wieder zurücknehmen kann, und eine Sunset-Klausel, die die Laufzeit der Zollvergünstigungen zeitlich begrenzt. In dem Webinar **am 7. Juli 2026 von 15:00 bis 16:00 Uhr** erläutert Germany Trade & Invest (GTAI) die Details und gibt einen Überblick darüber, was sich abseits des Deals mit der EU auf US-Seite verändert hat. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit zu diesem kostenfreien Webinar finden Sie auf der [Webseite von GTAI](#).

China Economic Briefing

Chinas Wirtschaft wächst, doch der Gegenwind wird immer stärker. Erhalten Sie im Briefing von Germany Trade & Invest (GTAI) und der AHK Greater China **am 8. Juli von 09:30 bis 10:30 Uhr** aktuelle Einblicke für Unternehmen und Entscheider. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit zu diesem kostenfreien Webinar finden Sie auf der [Webseite von GTAI](#).

Webinar zu KI im Welthandel

Germany Trade & Invest (GTAI) veranstaltet **am 9. Juli 2026 von 10:00 bis 11:00 Uhr** ein kostenfreies Webinar zum Thema Künstliche Intelligenz (KI) im Welthandel. Beantwortet werden praxisrelevante Fragen wie: "Gilt das Zollrecht auch im Internet?" oder "Wie ist der Marktzugang für digitale Dienstleistungen geregelt?". Ebenso beleuchtet wird, mit welchen Inhalten generative KI trainiert werden darf oder ob KI-Output Urheberrechtsschutz genießen kann. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Webseite von GTAI](#).

Internationaler Beratertag des Landes Niedersachsen in Hannover

Internationale Chancen gezielt nutzen: Treffen Sie die niedersächsischen Repräsentanz- und Partnerbüros aus den USA, China, Japan, Südafrika, Polen, Skandinavien und der Türkei **am 27. August 2026 ab 08:45 Uhr** in der IHK Hannover. Im Rahmen von Vorträgen zu aktuellen Themen und bilateralen Gesprächen mit den niedersächsischen Auslandsvertretungen können sich die Teilnehmer über die Möglichkeiten und Chancen der Globalisierung für ihr eigenes Unternehmen informieren. Neu in diesem Jahr: In Zusammenarbeit mit dem Start-up-Ökosystem wird das Angebot der Veranstaltung erweitert. Geplant sind Einblicke in die Start-up-Szene. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#). **Anmeldeschluss ist am 10. August 2026.**

Digitaler Ländersprechtag „Marktchancen 10 Jahre nach dem Brexit“

Zehn Jahre nach dem Brexit hat sich das Vereinigte Königreich wirtschaftlich neu positioniert – und bleibt gleichzeitig ein bedeutender Handelspartner für deutsche Unternehmen. Trotz veränderter Rahmenbedingungen zählt Großbritannien weiterhin zu den wichtigsten Absatzmärkten Europas und bietet vielfältige Chancen in Branchen wie Industrie, Dienstleistungen, Digitalisierung und Energie. Gleichzeitig haben sich die Anforderungen für den Markteintritt und die Geschäftstätigkeit deutlich verändert: Neue Zollformalitäten, regulatorische Anforderungen sowie Unterschiede in Standards und Verfahren stellen Unternehmen vor zusätzliche Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, aktuelle Entwicklungen zu kennen und praxisnah einordnen zu können. Ein digitaler Ländersprechtag der IHK Lüneburg-Wolfsburg bietet **am 17. August 2026 um 10:00 Uhr** die Möglichkeit, sich individuell und zielgerichtet zu informieren. Weitere Informationen und eine kostenfreie Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#).

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Deutschland: Vereinfachungen bei Versand- und Ausfuhranmeldungen

Ab dem 01. Juli 2026 kommt es zu Erleichterungen bei Versand- und Ausfuhranmeldungen. Zur Beschleunigung eiliger Ausfuhrsendungen kann beispielsweise der Antrag auf Gestellung außerhalb des

Amtsplatzes auch unmittelbar vor Beginn des Verpackens oder Verladens abgegeben und die sofortige Überlassung der Ausfuhranmeldung beantragt werden. Weitere Informationen in dieser [Meldung des Zoll](#).

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

EU: Abkommen über digitalen Handel mit Südkorea

Um den digitalen Handel zwischen der EU und Südkorea zu erleichtern, haben beide Seiten am 10. Juni 2026 ein neues Abkommen, ein sogenanntes Digital Trade Agreement, unterzeichnet. Weitere [Informationen bei GTAI](#).

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Antidumpingzölle auf BDO-Importe aus drei Ländern

Am 24. Juni 2026 hat die Europäische Kommission eine [Verordnung](#) veröffentlicht, mit der endgültige Antidumpingzölle auf Einfuhren von 1,4-Butandiol (BDO) mit Ursprung in der Volksrepublik China, Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten von Amerika eingeführt werden. Die endgültigen Antidumpingzölle liegen für China zwischen 105,6 % und 113,7 %, für Saudi-Arabien bei 52,4 % und für die Vereinigten Staaten zwischen 135,7 % und 142,5 %. Die Einführung der endgültigen Zölle folgt auf eine Untersuchung, bei der festgestellt wurde, dass BDO-Einfuhren aus den drei untersuchten Ländern zu Dumpingpreisen in die EU gelangten. Die BDO-Industrie ist hauptsächlich in Deutschland, den Niederlanden und Italien ansässig. BDO ist eine farb- und geruchlose Flüssigkeit, die in der chemischen Industrie vielseitig eingesetzt wird, insbesondere als Lösungsmittel und Zwischenprodukt in der Synthese anderer chemischer Verbindungen.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Entsendungen soll digitaler werden

Künftig soll eine „e-Declaration“ Entsendemeldungen in der EU deutlich vereinfachen. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen bei Mitarbeiterentsendungen zu verringern und zugleich den nationalen Behörden die Kontrolle der Vorgaben aus der Entsenderichtlinie zu erleichtern. Details finden Sie bei [GTAI](#) und bei der [DIHK](#).

Quellen: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: EORI – nur noch über das Zollportal

Ab dem 1. Oktober 2026 wird die Nutzung des Zollportals für die Beantragung, Änderung der Stammdaten sowie Beendigung einer EORI-Nummer verpflichtend. Die Vordrucke mittels Formularversion 0870 dürfen ab diesem Zeitpunkt nur noch verwendet werden, sollte das Portal aufgrund eines technischen Defekts ausfallen – einem für diesen Fall vorgesehenen sogenannten „Ausfallverfahren“. Über das Zollportal erhalten Unternehmen, Behörden sowie Privatpersonen einen zentralen Zugang zu den Onlinediensten des Zolls. Weitere Angaben finden Sie in der [Meldung des Zoll](#).

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

EU: Modernisiertes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Subsahara-Afrika

Die EU hat die Verhandlungen über ein [modernisiertes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit vier Staaten des östlichen und südlichen Afrikas](#) abgeschlossen. Beteiligte Partnerländer sind die Komoren, Madagaskar, Mauritius und die Seychellen. Das neue Abkommen soll das bereits bestehende Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen erweitern und modernisieren. Die EU-Kommission bezeichnet es als erstes modernes und umfassendes Freihandelsabkommen der EU mit Partnern in Subsahara-Afrika. Das modernisierte Abkommen geht jedoch deutlich über den klassischen Warenhandel hinaus. Es soll unter anderem Dienstleistungen, Investitionen, digitalen Handel, Nachhaltigkeit, geistiges Eigentum, öffentliches Beschaffungswesen sowie Zoll- und Handelserleichterungen umfassen.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Neues Russland-Sanktionspaket

Ab Die EU hat ihre Sanktionen gegen Russland erneut verschärft. Mit Wirkung zum 15. Juni 2026 wurden durch mehrere Durchführungsverordnungen weitere Personen und Organisationen in die Sanktionslisten aufgenommen. Insgesamt sind 34 Einzelpersonen und 47 Organisationen neu erfasst. Zusätzlich wurde mit Beschluss (GASP) 2026/1360 die Geltung der restriktiven Maßnahmen im Zusammenhang mit der rechtswidrigen Annexion der Krim und Sewastopols bis zum 23. Juni 2027 verlängert. Weitere Informationen finden Sie bei [GTAI](#).

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Neue Stahlschutzmaßnahmen

Die bisherigen EU-Stahlschutzmaßnahmen sind am 1. Juli durch [neue Maßnahmen](#) ersetzt worden. Die länderspezifischen Kontingente sollen zwischen dem 6. und 10. Juli 2026 veröffentlicht werden. Die Gesamtkontingentsmenge beläuft sich auf 18,3 Tonnen, aufgeteilt auf 28 Warenkategorien. Das ist rund halb so viel wie zuvor. Innerhalb der Kontingente sind die Einfuhren zollfrei. Für Einfuhren außerhalb der Kontingente gilt ein Zollsatz von 50 Prozent. Dieser gilt zusätzlich zu den regulären Zöllen auf Einfuhren aus Drittländern. Die Schutzmaßnahmen gelten für Einfuhren aus allen Drittländern. Die Kontingentsmenge wird jährlich festgelegt und gilt jeweils vom 1. Juli bis 30. Juni des Folgejahres. Die Verwaltung der Kontingente erfolgt quartalsweise. Die zuständigen Behörden vergeben die Kontingentsmengen nach dem Windhundprinzip. Ab 1. Oktober 2026 müssen Importeure bei der Einfuhr Angaben zum Schmelz- und Gießland der Ware machen. Innerhalb der nächsten Monate prüft die EU-Kommission zudem die Ausweitung der Stahlmaßnahmen auf weitere Produkte.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Neue Tachographenpflicht ab 2,5 Tonnen im grenzüberschreitenden Verkehr

Ab dem 1. Juli 2026 gilt die Tachographenpflicht in der EU auch für leichte Nutzfahrzeuge zwischen 2,5 und 3,5 Tonnen im grenzüberschreitenden Verkehr. Damit werden erstmals viele Kleintransporter und Sprinter im Europageschäft erfasst. Sie müssen mit einem digitalen Fahrtenschreiber ausgestattet sein und Lenk- und Ruhezeiten dokumentieren. Betroffen sind auch bestimmte Pkw-Anhänger-Kombinationen. Ausnahmen

bestehen, etwa für Handwerksbetriebe und bestimmten Werkverkehr. Diese greifen jedoch nur unter engen Voraussetzungen. Informieren Sie sich auf unserer [Webseite](#) zu den Details und auch dazu, was Unternehmen jetzt tun sollten.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Wegfall der 150-Euro-Grenze

Ab dem 1. Juli 2026 wird auf Einfuhren von Waren im Fernabsatz (Kleinsendungen) mit einem Warenwert bis zu 150 Euro ein Pauschalzollbetrag in Höhe von drei Euro je angemeldeter Warenposition erhoben. Der [Zoll informiert](#) zur Umsetzung der Pauschalverzollung und dem damit gegebenenfalls verbundenen Zahlungsaufschub und der Gesamtsicherheit.

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

EU: Zolldeal mit den USA in Kraft

Am 1. Juli 2026 ist [Abkommen zwischen der EU und den USA](#) in Kraft getreten. Die Einigung umfasst neben der Abschaffung von EU-Einfuhrzöllen einen Schutzmechanismus und die Einführung einer Verfallsklausel. Die EU schafft mit dem Abkommen sämtliche Zölle auf US-amerikanische Industriegüter ab. Landwirtschaftliche und Fischereierzeugnisse – darunter Nüsse, Milchprodukte, frische und verarbeitete Obst- und Gemüsewaren, verarbeitete Lebensmittel, Saatgut, Sojaöl sowie Schweine- und Bisonfleisch – erhalten einen bevorzugten Marktzugang über Zollkontingente.

Die Europäische Kommission kann die Anwendung des Abkommens ganz oder teilweise aussetzen, wenn EU-Produzenten durch eine erhebliche Zunahme der Einfuhren aus den USA ernsthafte Schäden entstehen oder zu entstehen drohen. Ferner ist es möglich, die Zugeständnisse auszusetzen, wenn die USA ihren Teil des Abkommens nicht einhalten. Das betrifft unter anderem Zusagen der USA, die Zölle auf Stahl- und Aluminiumderivate bis zum 31. Dezember 2026 auf 15 Prozent zu reduzieren. Die EU-USA-Einigung sieht ferner die Einführung einer sogenannten Sunset-Clause vor: Die Verordnung tritt am 31. Dezember 2029 außer Kraft, sofern die EU sie nicht verlängert. Die EU-Kommission erhält den Auftrag, die US-Einfuhren zu überwachen und regelmäßig darüber zu informieren. Weitere Informationen und Details zu dem Abkommen hat GTAI auf seiner [Webseite](#) zusammengestellt.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Frankreich: Digitale Rechnungen und Umsatzmeldungen

Innerhalb Frankreichs wird die E-Rechnung ab dem 1. September 2026 verpflichtend. Meldepflichten kann es aber auch für deutsche Unternehmen ohne Niederlassung in Frankreich geben. Details hat GTAI auf seiner [Webseite](#) zusammengestellt.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Kanada: Verschärfte Anforderungen für Aluminiumimporte

Der kanadische Zoll informiert über [neue Importbestimmungen für Aluminiumprodukte](#) ab dem 1. Oktober 2026: So sollen zusätzliche Angaben zum Ursprung des Aluminiums verpflichtend werden. Dazu zählen insbesondere das Land der größten und gegebenenfalls zweitgrößten Schmelze (smelt) sowie das Land der letzten Verarbeitung (casting). Diese neuen Meldepflichten sollen nicht für Importeure im Rahmen des Customs Self Assessment-Programms (CSA) sowie für Sendungen, deren Gesamtwarenwert 5.000 kanadische Dollar nicht überschreitet, gelten. Die neuen Anforderungen werden über die bestehende elektronische Zollplattform (Single Window Initiative, Integrated Import Declaration) umgesetzt.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Kanada: Zusätzlicher Zoll auf die Einfuhr von Dosengemüse

Kanada hat mit Wirkung zum 19. Juni 2026 einen vorläufigen Schutzzoll in Höhe von zehn Prozent auf den Import von Dosengemüse eingeführt. Die Maßnahme gilt vorläufig und maximal für 200 Tage. Betroffen sind beispielsweise Dosenmais, Dosenerbsen oder auch grüne Bohnen aus der Dose. Die betroffenen Waren werden in folgende Zolltarifnummern eingereiht (siehe Anhang 1): 0710.21.00.00, 0710.22.00.10, 0710.22.00.90, 0710.40.00.00, 0710.80.00.20, 0710.80.00.90, 0710.90.00.00, 2005.40.00.00, 2005.51.90.19, 2005.51.90.90, 2005.59.00.00, 2005.80.00.00, 2005.99.11.00, 2005.99.19.00, 2005.99.20.19, 2005.99.20.99, 2005.99.90.15, 2005.99.90.18, 2005.99.90.19, 2005.99.90.98 und 2005.99.90.99.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Syrien: Neues Zollgesetz ersetzt bisherige Rechtsgrundlage

Syrien [modernisiert sein Zollsystem](#) grundlegend: Seit 1. Juni 2026 gelten ein neues Zollgesetz und ein harmonisierter Zolltarif. Das von der staatlichen Nachrichtenagentur Sana veröffentlichte Gesetz umfasst 264 Artikel. Es regelt unter anderem die Organisation der Zollverwaltung, Verfahrensabläufe sowie Sanktionen bei Verstößen. Durchführungsbestimmungen liegen noch nicht vor. Ziel der Reform ist die Modernisierung der Zollverwaltung. Zudem soll die Abwicklung von Import-, Export- und Transitverfahren effizienter werden. Die Zollbehörden erhalten erweiterte Kompetenzen, insbesondere zur Bekämpfung von Schmuggel. Zugleich werden die Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen verschärft. Geldbußen können sich künftig stärker am Warenwert orientieren und deutlich höher ausfallen als bisher. Per Dekret wurde zudem ein neuer, harmonisierter Zolltarif eingeführt, der seit dem 1. Juni 2026 für alle Importe und Exporte gilt. Er basiert auf dem internationalen Harmonisierten System (HS), ersetzt mehrere bisher geltende Tariftabellen und schafft eine einheitliche und international anschlussfähige Wareneinreihung in Syrien.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Aussetzung der De-Minimis-Regelung bleibt bestehen

Die US-Zollbehörde hat die Aussetzung der zollfreien Behandlung für Kleinsendungen auf unbestimmte Zeit verankert. Das heißt, auch für Postsendungen bis 800 US-Dollar entfällt die zollfreie Abfertigung nun bis auf Weiteres. Stattdessen führt der US-Zoll ein neues Anmeldeverfahren (postal informal entry) für bestimmte Sendungen bis 2.500 US-Dollar ein. Dieses dient als Ersatz für die bisherige vereinfachte Abwicklung und

ermöglicht weiterhin eine weniger komplexe Einfuhr, erfordert jedoch eine formalisierte Anmeldung, die Zahlung aller anfallenden Abgaben sowie zusätzliche Datenangaben. Ergänzend gelten neue Anforderungen an Sicherheiten und die Bereitstellung von Sendungs- und Empfängerdaten, um Transparenz und Kontrolle zu erhöhen. Ausnahmen bleiben weiterhin bestehen. Das bedeutet, dass US-amerikanische Reisende nach wie vor persönliche Gegenstände im Wert von bis zu 200 US-Dollar zollfrei mitbringen dürfen und Einzelpersonen weiterhin unentgeltliche Geschenke im Wert von bis zu 100 US-Dollar zollfrei erhalten können.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Importverbot für Produkte aus Zwangsarbeit

Der im Dezember 2021 vom US-Kongress verabschiedete „Uyghur Forced Labor Prevention Act“ verbietet Einfuhren von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten aus China, insbesondere aus der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang. Auch deutsche Unternehmen, die Produkte in China herstellen lassen und in die USA einführen, können von dem Verbot betroffen sein. Das Gesetz richtet sich gegen jegliche Praktiken der Zwangsarbeit. Es stärkt auch die Zusammenarbeit mit Kanada und Mexiko für ein Einfuhrverbot jeglicher in Zwangsarbeit hergestellter Produkte. Die US-Behörden haben nun eine Liste mit Unternehmen in Xinjiang und weiteren Regionen Chinas veröffentlicht, die aus US-Sicht Zwangsarbeiter beschäftigen oder in Zwangsarbeit gefertigte Produkte in die USA exportieren. Zudem wurde Leitfaden veröffentlicht, der Importeuren aufzeigen soll, welche Prüf-, Nachweis- und Reaktionspflichten sie bei Kontrollen und Zurückweisungen zu erwarten haben. Ferner werden zentrale Gesetze und Maßnahmen erklärt sowie entsprechende Prozesse dargelegt. Details finden Sie bei [GTAI](#).

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Zollreform angekündigt

Mit der [Executive Order vom 3. Juni 2026](#) kündigen die USA eine Reformierung bestimmter Zollregelungen an. Ziel ist es, bestehende Schwächen im System zu adressieren, die Durchsetzung zu verschärfen und die Verantwortlichkeit von Importeuren deutlich zu erhöhen. Ein zentraler Bestandteil der Reform ist die Überarbeitung der Anforderungen an den rechtlich verantwortlichen Importeur. Es sollen neue Anforderungen eingeführt werden, darunter höhere Mindestanforderungen an Sicherheiten (beispielsweise Bürgschaften oder Vermögenswerte in den USA) sowie eine deutlich ausgeweitete Daten- und Offenlegungspflicht. Zusätzlich wird ein umfassenderes System zur Identifikation und Registrierung aller Importeure gefordert, um die Verantwortlichkeit klar zuzuordnen und Missbrauch zu verhindern. Ein besonderer Fokus liegt auf ausländischen Importeuren. Diese unterliegen künftig verschärften Anforderungen, insbesondere bei der Nutzung von Zollverfahren: Während US-Importeure weiterhin vereinfachte Verfahren nutzen dürfen, sind diese für ausländische Akteure eingeschränkt oder teilweise ausgeschlossen.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Ländernotizen

Algerien: Großprojekte im Bergbausektor

Neben Öl und Gas schlummern noch weitere Rohstoffe in algerischen Böden, die bislang kaum abgebaut werden. Durch die Industrialisierungspolitik der algerischen Regierung kommt aber auch dem Bergbausektor eine immer größere Bedeutung zu. Drei Projekte stehen dabei im Fokus. In Gara Djebilet im Südwesten Algeriens liegen umfangreiche Eisenerzvorkommen mit geschätzten Reserven von rund 3,5 Milliarden Tonnen. Im Februar 2026 begann die industrielle Förderung nach jahrzehntelanger Planung. Ziel ist vor allem die Nutzung des Eisenerzes für die Herstellung von Stahlprodukten für die heimische Industrie. Eine Abnehmerbranche könnte die sich im Aufbau befindliche Automobilindustrie sein. Langfristig sollen bis zu 50 Millionen Tonnen Eisenerz gefördert werden. Damit würde Gara Djebilet zu einem bedeutenden Eisenerzstandort im globalen Vergleich werden.

Weitere Informationen: [Algerien treibt Rohstoffförderung jenseits von Öl und Gas voran](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Indien: Warenhandel mit Deutschland auf Rekordhoch

Laut Statistischem Bundesamt erreichte der bilaterale Warenhandel zwischen der Bundesrepublik und Indien 2025 einen neuen Höchststand. Insgesamt wurden Waren im Wert von 35,4 Milliarden US-Dollar gehandelt. Das Handelsvolumen legte im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozent zu. Zum Vergleich: Der gesamte deutsche Außenhandel wuchs um rund sieben Prozent und damit ähnlich stark wie der bilaterale Warenhandel mit China. Indien gewinnt als wirtschaftlicher Partner für die Bundesrepublik an Bedeutung: In der Rangfolge der wichtigsten Handelspartner Deutschlands hatte der Subkontinent 2025 als Absatzmarkt Rang 21 (Vorjahr Rang 22) inne. Als Bezugsmarkt lag Indien auf Rang 22 (Vorjahr Rang 24).

Weitere Informationen: [Deutsch-indischer Handel erreicht 2025 neues Rekordhoch](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Israel: Luft- und Raumfahrt sucht internationale Zulieferer

Die israelische Aerospace-Industrie gehört technologisch zur Weltspitze, ist jedoch stark auf Importe angewiesen. Dies gilt sowohl für Bauteile als auch für Maschinen und Ausrüstungen. Bedarf gibt es entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von Flugzeugkomponenten über Satellitentechnik bis hin zu Systemen für Wartung, Reparatur und Modernisierung. Damit bietet der Markt gute Ansatzpunkte für deutsche Anbieter mit technologischer Spezialisierung.

Weitere Informationen: [Israels Luft- und Raumfahrt sucht internationale Zulieferer](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Kasachstan: Bergbau braucht Technik und Kapital

Kasachstan entwickelt sich zu einem zentralen Rohstoffakteur im eurasischen Raum. Das zentralasiatische Land liegt auf halbem Weg nach China und verfügt über zahlreiche Lagerstätten kritischer Rohstoffe. Zugleich besteht eine langjährige industrielle und metallurgische Kompetenz. Zudem verfolgt die Politik seit einigen Jahren das Ziel, im Rohstoffsektor stärkere Wertschöpfungsketten aufzubauen. Vor allem mit Deutschland strebt Kasachstan eine engere Zusammenarbeit an. Beide Länder sind seit 2012 Rohstoffpartner. Nach den Vorstellungen der Entscheidungsträger in Berlin und Astana könnte diese Partnerschaft künftig über die Lieferung von Maschinen hinausgehen. Deutsche Unternehmen sollen in die Förderung und Verarbeitung dringend benötigter kritischer Rohstoffe investieren und Ausbildungskooperationen eingehen.

Weitere Informationen: [Kasachstans Bergbau braucht Technik und Kapital](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Niederlande: Maßnahmenpaket zur Lösung der Stickstoffkrise

Nach sieben Jahren politischer Blockaden hat die niederländische Regierung ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Lösung der Stickstoffkrise beschlossen. Ziel ist es, Landwirten Planungssicherheit zu geben und gleichzeitig den Naturschutz zu stärken sowie festgefahrene Genehmigungsprozesse wieder in Gang zu bringen und hierdurch auch den Wohnungsbau zu beschleunigen. Insgesamt sollen rund 20 Milliarden Euro in den Umbau von Landwirtschaft, Natur und Wirtschaft investiert werden. Das hat der niederländische Ministerrat, vergleich dem deutschen Bundeskabinett, beschlossen.

Weitere Informationen: [Niederlande wollen Stickstoffkrise lösen: Kabinett beschließt milliardenschweres Maßnahmenpaket](#)

Quelle: Deutsch-Niederländische Handelskammer (DNHK)

Norwegen: Kommt nach dem staatlichen Ölfonds jetzt der Mineralfonds?

In Norwegen liegt das bis dato größte bekannte Vorkommen an seltenen Erden in Europa. Nun fordert das norwegische Parlament die Regierung auf, die [Einrichtung eines staatlichen Mineralfonds](#) zu prüfen. Ob jetzt ein Modell entsteht, das mit dem norwegischen Ölgeschäft vergleichbar ist, steht aber in den Sternen. Die Ausgangslage ist bei seltenen Erden anders; die Dimensionen sind deutlich kleiner.

Quelle: Deutsch-Norwegische Handelskammer (AHK)

Taiwan: Wirtschaftsboom dank KI und Halbleitern

Taiwans Wirtschaft erlebt einen enormen Wachstumsschub: Im ersten Quartal 2026 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorjahresquartal um 14,6 Prozent. Die Warenexporte legten um 51 Prozent zu, die Exportbestellungen um 66 Prozent. Die wertmäßigen Importe erhöhten sich um 34,8 Prozent. Solche Zuwachsraten hat die Insel seit den 1980er Jahren nicht mehr verzeichnet, als Taiwan zu einem der Tigerstaaten avancierte. Diese Entwicklung spiegelt einen durch Künstliche Intelligenz (KI) ausgelösten Superzyklus wider. Dieser basiert stark auf Lieferungen von Halbleitern und Informationstechnologien aus Taiwan, die wiederum weitere Investitionen in Produktionskapazitäten nach sich ziehen. Beispielsweise hat der US-Chipentwickler AMD im Mai 2026 angekündigt, etwa 10 Milliarden US-

Dollar in die Entwicklung des KI-Ökosystems in Taiwan investieren zu wollen. Traditionelle Branchen haben an dem Wachstum jedoch nur wenig Anteil.

Weitere Informationen: [Taiwans Wirtschaft könnte 2026 um bis zu 10 Prozent wachsen](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Veröffentlichungen

EU-Exportkontrollbericht 2026

Am 25. Juni 2026 hat die EU-Kommission ihren jährlichen [Exportkontrollbericht](#) veröffentlicht. Im Jahr 2024 genehmigten die EU-Mitgliedstaaten demnach Ausfuhren von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck im Wert von 77,6 Milliarden Euro, was 3 % der gesamten Warenexporte außerhalb der EU entspricht. Dies entspricht einem leichten Anstieg gegenüber den 71 Milliarden Euro des Vorjahres. Gleichzeitig wurden 487 Transaktionen mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck von den Mitgliedstaaten aufgrund von Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit deren Endverwendung abgelehnt. Der Bericht zeigt, dass die fünf wichtigsten Bestimmungsländer für EU-Exporte von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, gemessen am Wert und auf der Grundlage von Einzel- und allgemeinen Ausfuhrgenehmigungen, China (25 %), die Vereinigten Staaten von Amerika (21 %), das Vereinigte Königreich (7 %), Südkorea (7 %) und die Ukraine (3 %) waren.

Quelle: Europäische Kommission

World Tariff Profiles 2026 der WTO

Die Welthandelsorganisation WTO veröffentlichte am 29. Juni die [Ausgabe 2026 der World Tariff Profiles](#), einer jährlichen Publikation, die umfassende Informationen zu Zöllen und nichttarifären Maßnahmen von über 150 Volkswirtschaften enthält.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg

Ringstraße 4

26721 Emden

www.ihk-emden.de/international

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.